Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1539
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 115. Dienstag, 19. Mai 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 5gespaltene, 41 mm breite, 1 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Stresemann über die auswärtige Politik.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, den 18. Mai 1925.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Luther, Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. und gedenkt des furchtbaren Grubenunglücks bei Dorstfeld, dem wieder 40 Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind. Eine ständige Unruhe erfasse nicht nur die Bergarbeiterschaft, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung, wenn die Wiederkehr solcher Unglücksfälle nicht verhindert werde. Der Präsident spricht den Hinterbliebenen das herzliche Beileid des Reichstags aus und den heldenmütigen Rettungsmannschaften Anerkennung und Dank. Es müsse endlich alles geschehen, um für die Zukunft solche Unglücksfälle unmöglich zu machen.

Abg. Neubauer (Kom.) verlangt die sofortige Behandlung einer Interpellation, in der schwere Vorwürfe gegen die Zechenverwaltungen erhoben werden und ihnen die alleinige Schuld an solchen Unglücksfällen zugeschoben wird.

Abg. Winnefeld (D. Vp.) protestiert gegen diese einseitigen Angriffe der Kommunisten, für die nicht die Spur eines Beweises vorliege. Die Kommunisten verständen vom Bergbau soviel wie die Kuh vom Sonntag. (Großer Lärm der Kom.) Man könne niemanden zum Tode verurteilen, ohn ihn vorher gehört zu haben. (Zuruf bei den Kom.: Agent.) Sie sind Agenten Rußlands und haben in Deutschland nichts zu suchen. (Anhaltender großer Lärm der Kom.)

Gegen die sofortige Behandlung der kommunistischen Anträge wird Widerspruch erhoben.

Das Haus tritt dann in die zweite Lesung des

Reichshaushaltsplans beim Auswärtigen Amt und bei der Reichskanzlei

ein. Verbunden mit der Aussprache werden sämtliche Interpellationen zur auswärtigen Politik.

Abg. Dr. Hoetzsch (Dnat.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

nimmt dann das Wort zu einer großen politischen Rede. Der Minister geht zunächst auf den Etat des Auswärtigen Amtes ein und weist darauf hin, daß der Abbau des auswärtigen Dienstes nicht nur endgültig beendet sein müsse, sondern daß unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen zum Ausbau unserer Auslandsvertretungen drängen. Der Minister erörtert dann den Personalabbau im Auswärtigen Amt und erklärt, daß durch Schaffung einer zweckmäßigeren Organisation und einer wesentlichen Vereinfachung des technischen Dienstes jetzt eine weitere Ersparnis von etwa 100 Angestellten herbeigeführt werde. Unser Auslandsdienst bleibe gegenwärtig noch weit hinter der Zahl der Auslandsvertretungen vor dem Kriege zurück. Beispielsweise haben wir heute noch nicht die Hälfte der Vorkriegskonsulate erreicht. Langsam und in schwerster Arbeit nur gelingt es dem deutschen Kaufmann und dem deutschen Techniker draußen, sich von den schweren Schlägen des Krieges und der Nachkriegszeit zu erholen. Mit tiefster Befriedigung können wir aber feststellen, wie deutsche Tüchtigkeit und deutscher Fleiß Schritt für Schritt den verlorenen Boden wieder zurückgewinnt. Mit innigster Teilnahme verfolgen wir das Schicksal jener vielen Millionen Volksgenossen, die in den abgetrennten Gebieten im Kampfe um die Erhaltung ihres Volkstums stehen. Der Minister geht dann zur außenpolitischen Lage über und behandelt zunächst die Annahme des Dawes-Planes. Gegenüber anderen Auffassungen stellt er fest, daß auch der Reichsfinanzminister in völliger Uebereinstimmung mit der Reichsregierung auf den Standpunkt der Durchführung des Dawes-Planes steht. Deutschland hat bisher bei dieser Durchführung jeden Termin eingehalten und wird es auch in Zukunft tun.

Der Minister verwahrt sich gegen die Auffassung, als wenn die Räumung des Ruhrgebietes und des Sanktionsgebietes zu dem Termin des 16. August irgendwie gefährdet sein könnte. Die Grundlage unserer Reparationspolitik trägt den Namen des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten. Der Minister stellt mit Genugtuung fest, daß **unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in jeder Beziehung befriedigend sind.** Das Verständnis für Deutschland nehme jenseits des Ozeans in erfreulicher Weise zu. Auch das **Verhältnis zu den Staaten Süd- und Mittelamerikas sei gut.**

Die Lage im fernen Osten habe durch die kürzlich abgeschlossenen Verträge zwischen Rußland, China und Japan für die europäische Politik **erhöhtes Interesse** gewonnen. Unsere Lage in Ostasien gestatte uns, der Entwicklung in Ruhe zuzusehen. Nach Lage der Dinge müsse für Deutschlands Beziehungen zum Osten immer Rußland den maßgebenden Faktor bilden. Nachdem jetzt alle Reibungsmöglichkeiten beseitigt sind, sei für die friedliche Wiederaufbauarbeit dieser beiden Länder eine weite Bahn eröffnet.

Die Aufgabe der deutschen Politik werde stets darin bestehen, seine Interessen gegenüber dem Westen und dem Osten auszugleichen. Der Minister betont, daß auch im Verhältnis zu den Randstaaten eine zukunftsreiche Festigung und freundschaftliche Gestaltung zu erwarten sei.

Gegenüber **Oesterreich** bleibe der Leitsatz unserer Politik, alles zu tun, um die Beziehungen so eng wie möglich zu gestalten. Wir betrachten es als eine Herzenssache, uns des gemeinsamen lebendigen Kulturbesitzes bewußt zu bleiben und die geistigen Bande im gegenseitigen Verstehen immer fester zu knüpfen (Beifall). Der Minister bedauert, daß **die Verhandlungen mit Oesterreich** über die Aufhebung des Visazwanges nicht zu einem Erfolge geführt haben. Für die weitere Entwicklung unseres politischen Verhältnisses mit Italien werde hoffentlich der Geist der Verständigung vorbildlich sein, der sich schon bei den Handelsvertragsverhandlungen gezeigt habe.

Die **Beziehungen zur Tschechoslowakei** charakterisieren sich durch ihre gleichmäßige Beständigkeit. Auch mit der Schweiz, den Niederlanden und mit Ungarn seien die Beziehungen unverändert gut. Der Minister verweist dann auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Bulgarien und spricht die Hoffnung aus, daß dem bulgarischen Volke neue Prüfungen erspart bleiben mögen. Mit **Rumänien** bestehe leider immer noch die bekannte Differenz wegen der Banca-Generala-Noten.

Der Minister bespricht dann auch die **Beziehungen zu allen anderen Staaten** und gedenkt auch besonders der großzügigen **Hilfsaktion,** die in schweren Zeiten von den **skandinavischen Ländern** zur Linderung der Not in Deutschland ausgegangen ist.

Die **Beziehungen zum Heiligen Stuhl** würden nach wie vor getragen von dem immer wieder dankbar empfundenen Verständnis, das der Papst und seine Berater deutschem Wesen und deutschem Schaffen entgegengebracht haben.

Der Minister gibt dann einen zusammenfassenden Ueberblick über die

Neuregelung unserer Handelsbeziehungen.

Angesichts der weitgehenden Verschiebung der Verhältnisse nach dem Kriege sei es unvermeidlich, daß die Abmachungen zum Teil einen etwas provisorischen Charakter tragen. Die **Zolltarifnovelle,** die dem Reichsrat in den nächsten Tagen zugehe, müsse sobald als irgend möglich verabschiedet werden. Die Vorschläge der Reichsregierung bestehen zum Teil in der teilweisen oder gänzlichen Wiederherstellung der Vorkriegszollsätze, zum Teil in einer zahlenmäßigen Erhöhung. Die Regierung hat sich von der Ueberzeugung leiten lassen, daß ein Land in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands sich von prohibitiv wirkenden Zöllen freihalten muß. Deutschland hat in seiner Ausfuhr noch einen weiten Vorsprung einzuholen, um mit den übrigen Ländern gleichen Schritt zu halten.

Der Minister erörtert dann die **bereits abgeschlossenen Handelsverträge** mit Amerika, England, Belgien, Griechenland und anderen Staaten, denen sämtlich der Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigung zu Grunde liegt. Ein besonders schwieriger Punkt sei der heiß umstrittene **Vertrag mit Spanien,** für dessen baldige Annahme der Minister eintritt.

Besonders schwierig liegen die **Verhältnisse mit Frankreich.** Die Reichsregierung ist bemüht, die Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu beseitigen. Sie hat sich für eine Uebergangszeit auf das System der gegenseitigen Differenzierung eingelassen und hofft, daß sich eine dauernde Regelung auf der Grundlage der Meistbegünstigung bald anschließen wird.

Besondere Schwierigkeiten bieten auch die **Verhandlungen mit Rußland.** In wichtigen wirtschaftlichen Fragen konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Bei den **Verhandlungen mit Japan** ist nur noch die Frage der deutschen Farbeneinfuhr offen. Mit der Schweiz wird hoffentlich bald ein völlig freier Warenaustausch erreicht werden. Auch mit Schweden finden Besprechungen über eine entgegenkommende Handhabung der Einfuhrverbote statt. Mit anderen Ländern sind Vorbesprechungen über die Regelung der Handelsbeziehungen im Gange.

Gegenüber Angriffen in der polnischen Presse stellt der Minister fest, daß bei den **Verhandlungen mit Polen** von deutscher Seite nichts versäumt worden ist, um diese nach Möglichkeit zu fördern.

Der Minister kommt dann auf die schwebenden

großen außenpolitischen Probleme

zu sprechen. **Das Unrecht der Nichträumung der Kölner Zone bringt uns täglich und stündlich zum Bewußtsein, wie weit wir noch von normalen Friedensverhältnissen entfernt sind.** Der Streit geht hier nicht um die Erfüllung oder Nichterfüllung einzelner Vertragsparagraphen, sondern um die Frage, ob es möglich ist, einem Kulturvolk von 60 Millionen auf die Dauer Achtung und Gleichberechtigung zu versagen. Es ist schwer, so erklärt der Minister, über die Art und Weise, in der in dieser Frage gegen Deutschland vorgegangen worden ist, keine bittere Satire zu schreiben. Deutschland hat die ungeheuerliche und von vielen für undurchführbar gehaltene Abrüstung bewältigt. Den heute noch offenen Fragen kann lediglich die Bedeutung von Reibpunkten zukommen, die bei loyaler Verständigungsbereitschaft ein nennenswertes Hindernis nicht sein können.

Der Minister betont mit Entschiedenheit, daß nicht nur die Nachrichten der ausländischen Presse über geheime deutsche Kriegsvorbereitungen lächerliche Erfindungen sind, sondern daß auch die aus dem Inlande kommenden Vorwürfe durchweg auf groben Uebertreibungen beruhen. Ein Irrtum sei es, wenn man glaube, uns durch die Verquickung der Abrüstung mit der Aufhebung der Besatzung jeder Forderung gegenüber gefügig zu machen. **Das, was ein Jahrtausend der deutschen Seele am Rhein eingeprägt hat, kann durch keinen Druck ausgelöscht werden,** der gegenüber dem **Fortgang der Weltgeschichte nichts Wesentliches bedeutet.** Der Minister gibt einen Ueberblick über die verschiedenen Stadien, die die

Sicherheitsfrage

in den letzten Jahren durchgemacht hat. Der deutsche Standpunkt in dieser Frage werde von dem Gesichtspunkt bestimmt, daß **eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland wäre,** die dem europäischen Frieden nicht dienen könne, und für Deutschland eine schwere Bedrohung darstellen müsse. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik, dem labilen Zustand unserer Westgrenze durch eine klare Regelung ein Ende zu machen. Daher konnte die Reichsregierung sich positiver Mitarbeit an der Lösung der Sicherheitsfrage nicht entziehen. Der Außenminister erinnert daran, daß er selbst als Reichskanzler im September 1923 in Stuttgart den Abschluß eines Rheinpaktes zur Erörterung gestellt habe. Die Anregungen, die nun neuerdings den alliierten Regierungen übermittelt wurden, sind, so erklärt Dr. Stresemann, im Grunde nichts anderes als eine Zusammenfassung der früheren deutschen Vorschläge. Es sollte eine Grundlage für Verhandlungen über diese Fragen geschaffen werden. Sobald die Antwort der Alliierten oder einer der Hauptmächte vorliegt, ist die Reichsregierung bereit, den Wortlaut eines Memorandums zur öffentlichen Diskussion zu stellen, in dem die Darlegungen unserer Botschafter niedergelegt sind.

Man habe von einer **deutschen Verzichtspolitik** gesprochen. Wenn diese Auffassung richtig wäre, so würden die Franzosen ja die größten Toren sein, wenn sie nicht sofort zugriffen und sich die deutschen Vorschläge zu eigen machten. In Wirklichkeit seien wir bis heute auch **in der Frage des Garantiepaktes ohne Antwort seitens der alliierten Mächte und der französischen Regierung.** Der Tatbestand, daß die Sicherheitsfrage ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Problems ist, daß wir wünschen, daß er mit Deutschland gelöst werde und uns zu positiver Mitarbeit zur Verfügung stellen, bleibt bestehen.

Der Minister bespricht dann die Frage des

Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

Die Reichsregierung habe bereits die Grundsätze dargelegt, von denen sie sich bei einem eventuellen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund leiten lassen würde. Das entwaffnete Deutschland kann nicht wie andere gerüstete Staaten eine kriegerische Verwicklung auf sich nehmen. Der Hinweis in der Note des Völkerbundrates auf die Einflußmöglichkeiten, die Deutschland als Ratsmitglied bei allen wichtigen Entscheidungen haben würde, ist zweifellos von Bedeutung. Die Reichsregierung werde diese Frage einer weiteren Klärung zuführen. Sie will die Notwendigkeiten politisch zur Geltung bringen, die sich aus unserer besonderen Lage ergeben. **Ein gedeihliches Zusammenarbeiten im Völkerbund ist nicht möglich, solange akute Differenzen zwischen uns und den Alliierten bestehen,** z. B. über die angeblichen Verletzungen in der Entwaffnungsfrage, und solange die Räumung der nördlichen Zone nicht durchgeführt ist. Der Minister schließt mit dem Hinweis auf die bestehenden Schwierigkeiten, die aber keinen Grund böten, an der Möglichkeit einer befriedigenden Gesamtlösung zu zweifeln. Denn diese liege im Gesamtinteresse aller Völker. Alle Regierungen müssen sich entschließen, im Geiste vertrauensvoller Verständigung zusammenzuarbeiten. Die Reichsregierung sei dazu bereit. Dieser Geist müsse aber auch bei den andern Mächten vorhanden sein, die es in der Hand haben, Europa den Frieden zu geben.

Gebe man uns den Frieden und Gleichberechtigung, so werde die friedliche Entwicklung der Völker zu einem friedlichen Deutschland ihre beste Stütze haben. (Lebh. Beifall.)

Die fast zweistündige Rede des Außenministers wurde vom Hause ruhig entgegengenommen. Zwischenfälle entstanden nicht. Die Kommunisten brachten sogleich nach Schluß der Rede zwei Mißtrauensanträge ein. Der eine lautet: „Der Minister des Aeußern Dr. Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags." Der zweite bezieht sich auf den Reichskanzler. Die Mißtrauensanträge werden vom Hause mit lebhafter Heiterkeit aufgenommen.

Die Beratungen werden darauf abgebrochen.

Die politische Aussprache mit den Abstimmungen soll bis Mittwoch abend erledigt sein.

Der Gesetzentwurf, betr. das **Ruhegehalt für die Witwe des Reichspräsidenten** wird dann in dritter Lesung ohne Aussprache gegen die Kommunisten und Völkischen **angenommen.**

Das Haus vertagt sich.

Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung der politischen Aussprache.

Schluß gegen 6 Uhr.

SLUB
Wir führen Wissen.